



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Psychische Leiden lindern, ambulante psychiatrische Versorgung sicherstellen II: Stärkere Fokussierung auf Kinder- und Jugendpsychiatrie bereits im Studium**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Reform der Approbationsordnung im Bereich der Humanmedizin forciert werden muss (siehe dazu auch Beschluss Drs. 18/25414). Dies muss insbesondere für die Fächer Psychiatrie und Psychotherapie gelten. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,

- auf geeignete Art und Weise auf die Universitäten zuzugehen und – unter Achtung der Hochschulautonomie – verstärkt auf die wachsende Relevanz des Themas der Kinder- und Jugendpsychiatrie hinzuweisen.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Thema in die Ärztliche Approbationsordnung und künftig als Bestandteil des Pflichtcurriculums an medizinischen Fakultäten aufgenommen wird.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, die Reform der ärztlichen Ausbildung weiter zu unterstützen. Dazu gehört, dass sie sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass sich der Bund an den Kosten der Reform in angemessenem Umfang beteiligt.

### **Begründung:**

Psychische Leiden haben nicht erst seit der Coronakrise zugenommen. Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgungsangebote im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich haben teils monatelange Wartezeiten. Auch die Angebote der Jugendhilfe sind sehr stark beansprucht. Deshalb muss im Sinne der Betroffenen der Fachkräftemangel auch im psychiatrischen Bereich angegangen werden.

Das Medizinstudium soll auch nach Plänen des Bundesgesundheitsministeriums reformiert werden. Für die Novellierung der Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte (ÄApprO) ist der Bund zuständig, derzeit laufen die Verhandlungen mit den Ländern. Wichtig ist, dass die angehenden Medizinerinnen und Mediziner bereits früh im Studium

auch mit dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Berührung kommen. Deshalb bedarf es einer Anpassung der Approbationsordnung und damit der Mediziner- ausbildung.